

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Frau Schütte

Datum:
29.06.2022

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Resolution zur Unterstützung für die Beschäftigten im Städtischen Klinikum Lüneburg" (Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 23.06.2022, eingegangen am 29.06.2022, 11:55 Uhr)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	12.07.2022	Verwaltungsausschuss
Ö	13.07.2022	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

Siehe Antrag "Resolution zur Unterstützung für die Beschäftigten im Städtischen Klinikum Lüneburg" (Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 23.06.2022, eingegangen am 29.06.2022, 11:55 Uhr)

Beschlussvorschlag:

Anlagen:

Antrag "Resolution zur Unterstützung für die Beschäftigten im Städtischen Klinikum Lüneburg" (Antrag der Gruppe Die Partei/Die Linke vom 23.06.2022, eingegangen am 29.06.2022, 11:55 Uhr)

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein-stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltungen	lt. Be-schluss-vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Proto-kollf.
1							
2							
3							

4							
---	--	--	--	--	--	--	--

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:



An die Hansestadt Lüneburg
Frau Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch
Am Ochsenmarkt 1
21335 Lüneburg

Lüneburg, den 23.06.2022

Resolution der Gruppe Die PARTEI/ DIE LINKE. im Rat der Hansestadt Lüneburg zur Unterstützung für die Beschäftigten im Städtischen Klinikum Lüneburg

Der Rat der Hansestadt Lüneburg fordert die Gesundheitsholding Lüneburg GmbH auf, die Beschäftigten des Städtischen Klinikums Lüneburg (SKL) in ihrem berechtigten Interesse nach Entlastung, Wertschätzung und besserer Bezahlung zu unterstützen.

Begründung:

Die Beschäftigten des SKL klagen seit längerem über zu hohe Belastung durch zu wenig Personal auf den Stationen. Die hohe Arbeitsbelastung ist für viele Menschen nicht länger tragbar. Stationen und Bereiche sind häufig unterbesetzt, dadurch arbeiten Teile des Personals immer häufiger am Limit. Die geleistete Arbeit wird weder ausreichend wertgeschätzt noch angemessen bezahlt. Für eine adäquate Versorgung oder gar Gespräche mit den Patient*innen bleibt kaum Zeit. Auch die Service-Kräfte in Küche, Reinigung und Transport kommen an ihre Belastungsgrenzen; sie arbeiten seit Jahren für Löhne, die weit unter dem Niveau des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVÖD) liegen.

Mitglieder der Gewerkschaft ver.di im SKL fordern nun einen „Tarifvertrag Entlastung“, der eine bessere Personalausstattung für alle Bereiche des Klinikums vorsieht. Dafür werben sie derzeit mit Veranstaltungen in der Lüneburger Stadt- und Kreisgesellschaft. Die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten in der Service Plus Lüneburg GmbH fordern eine Bezahlung nach den Tabellen des TVÖD und die Anwendung aller weiteren tariflichen Regelungen im öffentlichen Dienst (Altersvorsorge, Jahressonderzahlung, etc.).

Das Klinikum Lüneburg und die Service Plus Lüneburg GmbH haben für die medizinische Versorgung der Menschen in unserer Region eine hohe Bedeutung. Die Menschen in der Stadt Lüneburg müssen gut versorgt werden. Dafür sind gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Entlohnung notwendig.



Vivienne Widawski
Gruppenvorsitzende